

Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11½ Sgr. Ansertionsgebühr für den Raum einer katholischen Seite in Beiträgen 1½ Sgr.



Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Ankäufe Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 216. Mittag-Ausgabe.

Fünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 11. Mai 1864.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Hamburg, 10. Mai. Hier ist ein Comité zur Verpflegung der in dem gestrigen Seegeschäft Verwundeten in Bildung begriffen.

Die zu Cuxhaven erscheinende Zeitung hat folgendes Extrablatt veröffentlicht: Gestern Nachmittag hat südlich von Helgoland zwischen dem österreichisch-preußischen und dem dänischen Geschwader ein zweifältiges Seegeschäft stattgefunden. Die Dänen, zum Rückzuge gewungen, steuerten nordwärts, konnten aber, weil der Bordermann der Freigatte „Schwarzenberg“ in Brand gesessen war, von den alliierten Schiffen nicht nachdrücklich verfolgt werden. Der Verlust der Dänen ist unbekannt. Der „Schwarzenberg“ hat etwa 170 Tote und Verwundete, unter den letzten viele schwer; auf dem „Radetzky“ waren fünf Kampfunfähige, auf den preußischen Kanonenbooten keine. Die Mannschaften kämpften mit außerordentlicher Bravour und Todesverachtung. Die Schnelligkeit der preußischen Kanonenboote und die Vortrefflichkeit ihrer Geschüze bewährte sich auf das Glänzende. Ein hier zusammengetretenes Comité zur Pflege der Verwundeten findet bei den Mitbürgern durch Anerbietungen aller Art die thätigste Unterstützung.

Hamburg, 10. Mai. Nach einem hier eingegangenen Telegramm aus Cuxhaven ist heute Nachmittag 4 Uhr der preußische Kossobampfer „Adler“ mit den schwer verwundeten Österreichern nach hier abgegangen.

In Sachen Schleswig-Holsteins

Schleswig, 7. Mai. [Die Stimmung in Dänemark.] Privatnachrichten aus Kopenhagen zufolge ist die Trauer dort und im übrigen Lande die größte und allgemeinste. — Die gemäßigteren Elemente der Bevölkerung sind über das nuzlose Blutvergießen empört und selbst in den Kreisen der Eiderdänen ist der Schmerz über die Verluste bei Düppel gefallenen Söhne, Brüder und Verwandten, ein nicht zu beschreibender. Es sind Familien auf Seeland, die den Tod von acht und zehn Nähernstehenden zu beweinen haben, und es ist wohl nicht zu viel gesagt, daß die Blüthe der dänischen Jugend in diesem Kampfe des Fanatismus geopfert worden ist. Trotz allem ist der Starßau mit Beziehung auf den gegenwärtigen Kampf nicht gebrochen und die Berichte der dänischen Blätter, in denen man auf einer Fortsetzung der Feindseligkeit besticht, sind in der That wohl nur ein Ausdruck der Gesinnungen der größeren Hälfte der Inselbewohner. (S.-h. 3.)

Klensburg, 8. Mai. [Die Sterblichkeit in den hiesigen Lazaretten] ist eine außerordentlich fühlbare. Gestern z. B. sind nicht weniger als vierzehn verwundete Preußen und Dänen ihren Blessuren erlegen. Heute Nacht starben zwei amputierte Preußen. Der Krankenstand in den hiesigen Lazaretten beläuft sich aber auch auf die hohe Ziffer von 784 Mann, darunter sehr viel schwer Verwundete.

Klensburg, 9. Mai. [Das ist der Krieg.] Bei meinem heutigen Besuch auf dem Kirchhofe fand ich unweit des dänischen Grabdenkmals für die am 9. April 1848 bei Bau gefallenen Dänen ein weites offenes Grab, enthaltend 26 schwarze Särge, welche die Leichen der in den letzten vier Tagen an ihren Verwundungen heimgesangenen Preußen und Dänen umhüllten und heute Nachmittag unter priesterlicher Assistenz eingescharrt worden. Bei dieser Gelegenheit traf ich ein junges dänisches Mädchen, welches lautlos und thränenslos zwei frische Kränze auf den einen Sarg befestigte. „Und haben Sie keine Thränen für den Todten, dessen Sarg Sie hier befränzen?“ fragte ich verwundert die Leidtragende. „Es ist mein Bruder“, erwiderte sie, „der Dritte, den dieser entsetzliche Krieg mir genommen, da vertrocknet endlich die Thränen. Der älteste ruht in Veile, einen hat der „Kolskake“ ins Meer geworfen, und diesen Dritten haben sie gestern verflummelt hier eingesetzt!“ Das ist der Krieg!

Hadersleben, 7. Mai. [Der Geheimrat Stiehl aus Berlin] hat am 2. d. M. unsere Bürgerhäuser besucht und den Zustand derselben einer eingehenden Prüfung unterzogen. Bei seiner großen Sachkenntniß soll es dem Herrn Geheimrat leicht gelungen sein, mit Lehrern und Schülern in nahen Verkehr zu treten und über den Stand unserer Schulen und die Bildung unserer Lehrer ein genaues und richtiges Bild zu gewinnen. Namentlich auch in Beziehung auf die deutsche Sprache sollen die an Lehrern und Schülern gemachten Erfahrungen überraschend sein. Im Interesse unserer Sache wäre es zu wünschen, daß die von dem Herrn Geheimrat gemachten Erfahrungen an geeigneter Stelle Beachtung und Berücksichtigung finden. D. Red. d. Bresl. 3.)

Kiel, 6. Mai. [Die Annexion der Herzogthümer an Preußen.] Der „H. B. H.“ wird geschrieben: Der Plan, die Herzogthümer Preußen zu annexiren, den manche anfänglich nur bespotteten, gewinnt doch in einem viel größeren Kreise als seine blinden Gegner vermuten, Beifall und Unterstützung. Schon vom Anfang an ist er von gewissen demokratischen Blättern nicht bloß in unserer unmittelbaren Nähe unterstützt worden, da die reine Demokratie prinzipiell wenig Sinn für das historische Recht besitzt und aller Kleinstaatlichkeit abgeneigt ist.) Ihr Interess für die Herzogthümer beschränkt sich auf die Loslösung der Herzogthümer von Dänemark und ihre Erwerbung für die deutsche Machtgröde. Es scheint aber auch, daß die Führer der reinen Demokratie diesem Plane ihre Unterstützung gewähren werden. Indes auch in den Herzogthümern steht es in allen Kreisen Männer, welche, unzufrieden mit dem bisherigen Gange der Dinge, die Aufnahme der Herzogthümer in den preußischen Staatsverband nicht ungern sehen. Vielleicht ist es nicht bloß ein gewisser Missmut, der sie dieser Idee geneigt macht, sondern auch die Erkenntniß, daß nur mit den Machtmitteln, die Preußen schon besitzt, die Herzogthümer zu der Entwicklung gelangen können, wozu sie nach ihrer Lage und ihrer Natur bestimmt sind. Eine deutsche Kriegsflotte läßt sich nicht ohne die Herzogthümer, aber auch nicht ohne Preußen schaffen. Denn es ist nun einmal gewiß, daß, wie die Dinge in Deutschland liegen, Preußen die entscheidende Macht ist. Die Ausführung dieser Pläne, die Herzogthümer Preußen zu annexiren, ist nicht bloß abhängig von der europäischen Lage und der Geschicklichkeit, dieselbe für diesen Zweck zu benutzen, sondern vorzüglich auch von dem Verhalten der Herzogthümer selbst. Das sicherste Mittel zur Unterstützung dieser

* Wenn das ein Vorwurf sein soll, so wird ihn nicht blos die „reine Demokratie“, sondern die gesamte liberale Partei sehr gern akzeptieren. D. Red.

Plane ist der spezifische oder particularistische Schleswig-Holsteinismus, der einen Kleinstaat nach dem Muster von Hannover oder gar von Mecklenburg gründen will, wie er schon in einer benachbarten Zeitung sich hat vernehmen lassen. Denn ein solcher Particularismus, der alle allgemeinen deutschen Zwecke hindert, ruft von selbst bei allen deutschen Patrioten und namentlich auch bei Preußen den Gedanken hervor, die Herzogthümer für Preußen zu erwerben, damit diese Zwecke in der Gründung einer deutschen Marine, in der Anlage eines Schiffsekanals, zur Verbindung der Nordsee mit der Ostsee, in einer starken, militärischen Befestigung der Herzogthümer nicht durch die kleinen Mittel des Particularismus, welche den größten Schaden in Deutschland schon bewirkt haben, hintertrieben werde.

Kiel, 8. Mai. [Schleswig für Preußen kein Ausland.] Die für preußische Unterthanen, welche in einem fremden (d. h. nicht-preußischen) Staate Beamte zu werden wünschen, geltende Bestimmung, daß sie vorher die Genehmigung ihres bisherigen Landesherrn dazu einholen müssen, wird einem am Schluß des verlorenen Monats von der preuß. Regierung erlassene Rescript zufolge auf Preußen, welche im Schleswigschen Anstellung suchen, nicht angewandt. Schleswig wird also von der preuß. Regierung in dieser Frage gleichsam als nicht zum Auslande gehörig angesehen. In mehreren Fällen ist diese Verfügung bereits praktisch zur Ausführung gekommen, indem preußischen Unterthanen, die in der bezeichneten Lage waren, und das Genehmigungsgebot an den preußischen König gerichtet hatten, unter Hinweis auf das erwähnte Rescript bedeutet worden, daß es für sie einer solchen landesherrlichen Genehmigung nicht bedürfe. (S. h. 3.)

Vereinte.

Berlin, 10. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allerdächtig geruht: Dem Major a. D. und Post-Director Wittenberg zu Herlohn, dem Ober-Steuer-Inspector Steuer-Rath von Müllenheim zu Lübben und dem Superintendenten und Pfarrer Lengerich zu Demmin den rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, dem Hauptmann und Steuer-Inspector a. D. Wolff zu Czarniau den rothen Adlerorden 4. Klasse, dem Rechtslehrer Friedrich Wilhelm Benecke am Cadettenhause zu Berlin den königlichen Kronenorden 4. Klasse, dem pensionirten Kreisgerichts-Salarien-Assistenten, Kanzlei-Sekretär Wilhelm Gottlob Gottried Klebe zu Stettin, den Steuermann Philipp Erlenbach, Martin Weber, Gabriel Erlenbach, den Schiffers Philipp Kimpel und Philipp Kroll, sämmtlich zu Cauh, so wie dem Schiffer Gottfried Menges zu St. Goarshausen das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; die bisherigen Regierungs-Assessoren von Hollandt in Minden, Kaepler in Oppeln, Fabreau in Düsseldorf, de Cubry in Koblenz, Tissen in Magdeburg, Heitmann in Münster, von Sanden in Köslin, Specovius in Bromberg, Boedt, zur Zeit in Berlin, von Leibniz, Biegholz von Ehrenswörth in Oppeln, Freiberger v. Bindel in Koblenz und v. Wolff, zur Zeit in Berlin, zu Regierungs-Rathen; und den Gutsbesitzer A. Rieger zum Vice-Consul in Odesa zu ernennen.

Der Rechtsanwalt und Notar Justiz-Rath Foerster in Thorn, ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht zu Marienwerder, unter Belassung des Notariats für das Departement dieses Collegiums und mit Anweisung eines Wohnsitzes in Marienwerder, ernannt worden. Der Landgerichts-Referendarius Rheindorf aus Düsseldorf ist auf Grund der bestandnen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des königl. Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden. Der Landgerichts-Referendarius Neele aus Düsseldorf ist auf Grund der bestandnen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirke des königl. Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Berlin, 10. Mai. Se. Majestät der König haben allerdächtig geruht, den nachbenannten Personen die Erlaubnis zur Antelegung des von des Sultans Majestät ihnen verliehenen Mecidiye-Ordens zu ertheilen, und zwar: der dritten Klasse: dem Wirklichen Legations- und vortragenden Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Jordan, und dem Legations-Rath und Berweser des Consulats in Smyrna, Freiherrn v. Bölow; der vierten Klasse: dem Geheimen expedirenden Sekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, de Cubry, dem Kanzlei-Rath Rüthling, dem Geheimen expedirenden Sekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Wiegner II., dem Secrétaire interprète bei der Gesandtschaft in Konstantinopel Dr. Busch, und dem Hilfsarbeiter bei dieser Mission, Große; sowie der fünften Klasse: dem Geheimen Sekretär im Chiffri-Bureau des Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, St. Blanquart.

[Prof. Richter f.] Vorgestern Vormittag ist der evangelische Kirchenrechtslehrer Geb. Ober-Regierungs- und vortragende Rath im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, Prof. Dr. Richter hierselbst verstorben. Derselbe war im Jahre 1846 von Marburg an die hiesige Universität berufen worden, und zugleich als Referent im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, später im evangelischen Ober-Kirchenrat, seit 1858 wieder im Ministerium beschäftigt. Er hat an den wichtigsten administrativen und legislativen Arbeiten auf dem kirchlichen Gebiete in dieser Periode einen thätigen und bedeutenden Anteil gehabt.

[Der Gregy'sche Mord.] Außer der unverehelichten Fischer haben jetzt auch die Witwe Quinde und ihr Sohn, L. Grothe, Geistnisse über den Mord des Professor Gregy abgelegt. Grothe gesteht die That zu, beschuldigt aber mit seiner Mutter die Fischer, dabei geholfen und ihm selbst das Mord-Instrument gereicht zu haben. Aus weiteren Anzeigen geht hervor, daß die Bande schon früher mit einem Mord umgegangen ist, um sich Geld zu verschaffen.

[Widerlegung der dänischen Beschwerden.] Der pariser „Courrier du Dimanche“ veröffentlicht folgenden Auszug aus der Denkschrift, mit welcher Herr v. Bismarck seine bereits mitgetheilte Circulardepeche gegen die dänischen Beschwerden über die Civilcommissarien in Schleswig begleitet hat:

„Wenn es erlaubt wäre, die Freuden-Demonstrationen, welche nach dem Einmarsch der verbündeten Armeen von der deutschen Bevölkerung Schleswigs ausgingen, als aufrührliche Bewegungen zu betrachten, die von der revolutionären Partei verursacht wären, so hätte die dänische Regierung Recht in dem, was sie am Anfang ihres Sendschreibens sagt. Es ist wahr, daß die Begeisterung des vom zehnjährigen Drude der Dänen besetzten Volkes zugemessen hat in dem Maße, als der Fortschritt unserer Truppen die Überzeugung der Sicherheit hervorbrachte. Es ist nicht wahr, daß diese Freude da aufgehört hat, wo die deutsche Sprache aufhort, allein in den Kirchen, in den Schulen und im Handel gebraucht zu werden.“

Übrigens erklärt man sich leicht, daß diese Freuden-Demonstrationen mehr oder weniger rauschend sein mußten, je nachdem das Joch der Fremdenherrschaft mehr oder weniger fühlbar gewesen war. Da wo die dänischen Beamten und die Gendarmerie ihre Potenzen gleichzeitig mit ihrer Armee verlassen hatten, haben sich Symptome von Unordnung bemerklich gemacht, ehe es möglich geworden war, Mittel zu ergreifen, um eine geregelte Verwaltung des Landes fortzuführen. Man hat versucht, sich dieses günstigen Augenblicks zu bedienen, um in das Herzogthum Schleswig die in Holstein zu Gunsten des Prinzen von Augustenburg herovergufene Bewegung hinüber zu tragen. Einzelne Leute haben sich zu einer Deputation vereinigt, um dem Prinzen eine Adresse zu überreichen und um ihn als ihrem Herrn anzuerkennen. Aber die verbündeten Armeen haben nicht allein niemals zu diesen Versuchen die Hand geboten, sie haben sich im Gegenteil bei allen Gelegenheiten widerstellt, wo diese Art von Agitation sich öffentlich gezeigt hat. Der kürzlich von den Civil-Commissionen ernannte Polizeimeister von Eckendorf ist auf der Stelle entlassen worden, weil er sich nicht der Agitation zu Gunsten des Prinzen von Augustenburg widerstellt hatte.“

Die dänische Regierung führt drei Fälle an, in denen Beamte, welche von der Bevölkerung mißhandelt worden waren, umsonst die Hilfe der Befehlshaber der Truppen in Anspruch genommen hätten. Diese Beispiele beweisen nichts von dem, was sie beweisen sollen, weil diese Ereignisse stattgefunden haben, ehe der Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen die höchste Autorität im Lande repräsentirt. Einer der angeführten Fälle hat sich am 6. Februar zugetragen, als die Generale, welche damit beschäftigt waren, die dänische Armee zu verfolgen, die soeben das Dammwerk verlassen hatte, sich mit den Einzelheiten der Verwaltung beschäftigten.

Es wäre vielleicht von Seiten der dänischen Regierung klug gehandelt gewesen, wenn sie die Verhaftung Blauefeld's nicht als Beweis der gegen redliche Beamte begangenen Ungerechtigkeiten aufgeführt hätte. Es ist durch eine Untersuchung festgestellt worden, daß er vor seiner Verhaftung einen bedeutenden Platz in dem organisierten Spionage-System einnahm, welches den Namen Polizei der Armee führte. Wir meinen, daß Niemand sich darüber beschweren kann, wenn eine kriegerische Macht die nötigen Maßregeln ergreift, um die Spione des Feindes zu hindern, ihr Werk fortzusetzen.

Die dänische Regierung behauptet, der größte Theil der sogenannten Distrikte gemischter Sprache sei dänisch, daß nur in einigen der selben die deutsche Nationalität dominiere, und daß z. B. in den Städten Hadersleben, Apenrade und im Flecken Christiansfeld nur einige Deutsche sich befinden. Die Petitionen, welche die Commissare von allen Gemeinden und Kirchspielen dieser Distrikte erhalten haben, und welche sämmtlich die Wiederherstellung der Zustände wie vor 1850 und 1851 verlangen, haben dieselben veranlaßt, Erfundungen einzuziehen, deren Resultat in direktem Widerspruch steht mit den Aussagen der dänischen Regierung. So haben diese Erfundungen erlaubt, zu constatiren, daß jetzt, wie damals, das Dänische in den Superintendenzen Gottorp, Hujum und Bredstedt, sowie in demjenigen Theile der Superintendenz Klensburg, der in Angeln liegt, nur von einer kaum merkbaren Minorität gesprochen wird, daß folglich das königliche Decret von 1810 nicht auf diese Kirchspielen anzuwenden war, und daß man, indem man in Kirche und Schule den ausschließlichen oder abwechselnden Gebrauch der dänischen Sprache einführte, sich in direkten Widerspruch zu den Bedürfnissen und gerechtfertigten Wünschen der Bevölkerung setzte.

Bei einer solchen Sachlage scheint uns die dänische Regierung ihre Fortdauerungen zu weit zu treiben, wenn sie verlangt, man möge ihr die Geschäftigkeit widerfahren lassen, daß sie gewissenhaft das Interesse aller zu Rathe gezogen habe, als sie Maßregeln ergreift, deren hervorlegendste Folgen in einer Verminderung des religiösen Lebens und einer allgemeinen Aufreizung der Bevölkerung gegen die dänische Regierung bestanden. Die Commissare fahnen sich demnach in die Notwendigkeit versetzt, das Personal zu erneuern bei Gelegenheit der Wiederherstellung der Sachlage von 1850 und 1851, welche, ungeachtet des Decrets vom 15. Dezember 1810, bis 1850 von der dänischen Regierung selbst als den Bedürfnissen der Bevölkerung bezüglich der Sprache entsprechend anerkannt wurde.“

[Verurtheilung Dr. Oppenheim's.] Vor der 6. Criminal-Deputation des Stadtgerichts wurde am Freitag ein Preßprozeß gegen den Redakteur der hier bei Guttentag erscheinenden „deutschen Jahrbücher“ Dr. H. B. Oppenheim und den Gerichtsschreiber Lasler verhandelt. Die Anklage betraf die beiden im Februar- und Märzheft d. J. enthaltenen „politischen Monatsberichte“ des Erstgenannten und des Letzteren Abhandlung (im Märzheft) über die Artikel 99, 100 und 109 der Verfassungsurkunde. Der Staatsanwalt beantragte, da außer Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit, außer Ministerbeleidigung und Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Steuergesetze auch Verleumdung der Obrigkeit gegen den König vorliege, aus Gründen des öffentlichen Wohls die Offenlichkeit auszuschließen. Der Professor Lasler protestierte gegen diesen Antrag, weil er nur der Schmähung von Anordnungen der Obrigkeit und der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Steuergesetze angelagt sei, und der ihm betreffende Theil der Anklage selbstständig öffentlich verhandelt werden könnte. Dr. Oppenheim bat ebenfalls, dem Antrage nicht stattzugeben, und nur bei Besprechung der wegen Majestätsbeleidigung incriminierten Stelle die Offenlichkeit auszuschließen. Der Staatsanwalt hielt die partielle Ausübung der Offenlichkeit für zulässig, war indessen der Ansicht, daß eine solche Verhandlung für Angellagten nicht von Interesse sein könne und nicht praktisch erlöcke. Das Gericht beschloß darauf, aus Gründen des öffentlichen Wohls, resp. aus praktischen Gründen, die Offenlichkeit auszuschließen. Die Verhandlung dauerte gegen 4 Stunden. Das gestern publicirte Urteil lautete in Betreff des Professor Lasler auf vollständige Freispruch (vor der Anklage der Obrigkeit und der Verleumdung der Obrigkeit und der Anreizung zum Ungehorsam gegen die Steuergesetze), in Betreff des Dr. Oppenheim auf drei Monate Gefängnis (wegen Schmähung der Anordnungen der Obrigkeit, Beleidigung des Präsidialpräsidenten v. Bismarck und des gesamten Staatsministeriums und Verleumdung der Obrigkeit gegen den König). „Verhandlung und Urteilserklärung fanden, wie die „Böll. Bzg.“ bemerkte, wiederum unter Ausschluß der Offenlichkeit statt, obgleich dagegen seitens der Angellagten ausdrücklich Einspruch erhoben worden war und die Anklage wegen Majestätsbeleidigung nur einen derselben betraf. Danach gewinnt es den Anschein, als ob nach der Praxis des königlichen Stadtgerichts bei Verhandlungen von Majestätsbeleidigungen die Offenlichkeit unter allen Umständen ausgeschlossen werden sollte.“

[Der preuß.-franz. Handelsvertrag.] Aus Dresden wird der „Fr. Postzg.“ geschrieben: Gutem Vernehmen nach steht die sächsische Regierung im Begriff, in einem Separatabkommen mit Preußen einstweilen für sich dem preuß.-franz. Handelsverträge beizutreten.

Düsseldorf, 9. Mai. [Zur Unwesenheit des Königs.] Auf der Parade hielt gestern Mittag Se. Majestät eine Ansprache an das Offizier-Corps, welche, wie uns mitgetheilt wird, mit Nachdruck hervorhob, daß der Erfolg der preußischen Waffen bei Düppel wesentlich der von ihm eingeführten Militär-Reorganisation zuzuschreiben sei; wenn diese bei einem verhältnismäßig kleinen Theil Seines Heeres solche Erfolge gesichert habe, so könne man mit Zuversicht auf die Leistungen bauen, welche erforderlichen Falles von Seinem ganzen Heere zu erwarten wären. Die königliche Ansprache wurde, wie uns ferner mitgetheilt wird, vom Offizier-Corps mit Begeisterung aufgenommen. Auch die dreijährige Dienstzeit soll der König in Seiner Ansprache als ein nach Seinen Erfahrungen unumstößliches Erfordernis für die tüchtige Ausbildung der Soldaten bezeichnet haben; er werde an dieser durch Seinen hochseligen Vater eingeführten und von Seinem hochseligen Bruder gepflegten Einrichtung unbedingt festhalten. (Rh. 3.)

Koblenz, 9. Mai. [Ihre Majestäten der König und die Königin] trafen, mittelst Extraages von Schloss Benrath kommend, gestern Abend 8 Uhr wohlbehalten hier ein und wurden auf dem Bahnhof durch die Spiken der Civil- und Militärbehörden empfangen und durch die sehr zahlreich dafelbst versammelten Soldaten, sowie durch die in der Eisenbahnstraße harrende Menge mit Zuruf begrüßt. Die Majestäten begaben sich sofort zu Wagen nach dem königlichen Residenzschloß, vor welchem bald nachher großer Zapfenstreich war. Die Stadt war allgemein und glänzend beleuchtet.

Bonn, 6. Mai. [Ritsch's Jubiläum.] Es sind heute 25 Jahre, daß Friedrich Ritsch hierselbst seine Vorlesungen eröffnet hat. Der Jubilar empfing heute früh zahlreiche Deputationen, Gratulationschriften und Ad

von Morgens 6 Uhr bis Mittags auf der hiesigen Außenröhre und ging dann nordwärts.

Stettin, 10. Mai. [Das Gefecht zwischen dänischen und deutschen Schiffen] bei Helgoland zeigt, daß die Dänen ihre Schiffe besser zu führen verstehen, als ihre Landtruppen. Eine kürzliche Mittheilung ließ vermuten, daß die dänischen Schiffe sich vor der Annäherung der österreichischen Flotte ganz aus der Nordsee zurückziehen würden, indessen hat die einschließlich unserer preußischen Kriegsfahrzeuge noch immer geringe Anzahl deutscher Schiffe die Dänen ohne Zweifel ermutigt, diesen die Spize zu bieten. Nach den bis jetzt vorliegenden düftigen Nachrichten muß das Gefecht heftig und blutig gewesen sein, doch haben ohne Zweifel auch die Dänen gewiß nicht unbeträchtliche Verluste erlitten. Hoffentlich wird dieser Kampf dazu beitragen, die übrigen nach der Nordsee bestimmten österreichischen Kriegsschiffe ihrem Bestimmungsort schneller zuführen, wenn auch inzwischen der Waffenstillstand eingetreten ist. Vielleicht auch giebt das Gefecht der englischen Regierung einen willkommenen Vorwand, sich aufs Neue über die Grenze auszusprechen, welche in der Nähe englischer Festungen von den Schiffen kriegsfährender Mächte nach einem Kampfe nicht überschritten werden darf. (N. St. 3.)

Stettin, 10. Mai. Die Bedingungen des Waffenstillstandes stoßen bei unserer Kaufmannschaft auf große Bedenken. Man hält es für sehr ungünstig, daß unsere Diplomatie auf das gegenseitige Innthalten der Land- und Seepositionen eingegangen ist. Diese Bedingung macht es uns unmöglich, unsere jetzt zerstreute Flotte zu sammeln, um später unser Häfen wirksam schützen zu können, im Fall eine Aufnahme der Feindseligkeiten wieder stattfindet. Auch die vierwöchentliche Waffenruhe ist uns von verhältnismäßig geringem Nutzen, indem sie vorzugsweise nur der Küstenschiffahrt zu Gute kommt. Freilich wird es auch den Dampfschiffen möglich sein, den Verkehr mit England u. s. w. wieder aufzunehmen, während die kurze Frist der Schiffahrt nach weiteren Entfernung doch immerhin eine Fessel anlegt. (Oder. 3.)

Deutschland.

München, 8. Mai. [Richard Wagner] welcher seit einigen Tagen hier ist, soll, wie man sagt, eine feste Anstellung als Hof-Componist hier erhalten.

Kassel, 8. Mai. [Der Verfassungs-Ausschuß] hat sicherem Vernehmen nach auf Antrag eines Mitglieds die sämtlichen Minister auf einen der nächsten Tage zu einer Konferenz eingeladen, um von ihnen bestimmten Ausschluß über die Gründe der unerhörten Verzögern und Verschleppungen der Geschäfte, insbesondere aber über die Absichten der Regierung bezüglich der Ober-Appellationsgerichts-Frage, der Jagdgesetz-Angelegenheit, der suspendirt gebliebenen Verfassungs-Bestimmungen und der noch bestehenden verfassungswidrigen Steuer-Gesetze zu erhalten. Es verdient gewiß volle Billigung, daß der Ausschuß sich noch einmal mit den Ministern in persönliches Benehmen setzt, aber das Land erwartet, daß mit aller Energie vorgegriffen werde. Wie es heißt, so wird in der nächsten Sitzung der Ständes-Versammlung zwar ein neuer Gesetzentwurf wegen Besetzung des Ober-Appellations-Gerichts vorgelegt werden, derselbe soll aber völlig unannehmbar sein.

Schwerin, 6. Mai. [Preßprozeß] Auf Veranlassung des Ministeriums ist gegen Moritz Wiggers wegen seiner Schrift: "Der Vernichtungskampf gegen die Bauern in Mecklenburg" ein Preßprozeß eingeleitet worden, der die interessante Frage zu Tage gebracht hat, ob das Preßgesetz überhaupt in Rostock gilt, da es von dem dortigen Rathe nicht publicirt ist. Die städtischen Gerichte sind nämlich angewiesen, nur nach den Gesetzen zu erkennen, welche in Rostock selbst ordnungsmäßig publicirt worden sind, und in unserem wunderbaren Staatsorganismus steht die Seestadt Rostock mit ihren alten Privilegien und Hoheitsrechten noch wie ein Stück Mittelalter, das ganz gut zu den übrigen seltsamen Staatseinrichtungen paßt.

Frankreich.

Paris, 7. Mai. [Stellung Österreichs, Frankreichs und Russlands.] Die Aufregung, in der der Vatican sich gegen Russland befindet, und die natürliche Gerechtigkeit des petersburger Hofes gegen die römische Curie wird als ein gelungener Streich Napoleon III. betrachtet, um die Annäherung Österreichs an Russland zu verhindern. Es sind unzweideutige Merkmale vorhanden, daß eine solche Annäherung im Werke ist; vielleicht ist sie der Preis, mit welchem Preußen die Coöperation Österreichs gegen Dänemark zu bezahlen sich anheischig gemacht hat. Die ultramontanen Einfüsse in der wiener Hofburg sind nun allerdings stark genug, um die sonst so heiß ersehnte Auskönigung mit Petersburg als etwas darzustellen, das im Augenblick eines flagranten Bruches zwischen dem heiligen Vater und dem Zaren vermieden werden muß. Möglicher, daß hier nur eine glückliche Combination vorliegt, hat doch Napoleon III. das seltsame Geschick, nicht nur selbst scharfsinnig zu sein, sondern auch dem Schaffniss Anderer zur Anknüpfung dienen zu müssen: Allein nicht leugnen läßt sich, daß in den Verhältnissen Mancherlei gegeben ist, was diese Combination sehr wahrscheinlich macht. — England nimmt von Neuem Anläufe, Frankreich zu einem engeren Anschlusse an die britische Politik zu bestimmen. Diese hat in ihrem neuesten Stadium etwas Drängendes angenommen, es steht ganz darnach aus, als seien die Männer, die in London am Ruder sitzen, auf dem Punkt angelangt, wo sie der Ehre Großbritanniens eine That schuldig zu sein glauben. „C'est la France qui conserve la paix.“ Dieser Ausspruch, den ein deutscher Diplomat zweiten Ranges sich rühmt, aus dem Munde Drouyn de l'huys bei einer Besprechung über den dänischen Conflict vernommen zu haben, enthält, wie es scheint, mehr Wahrheit, als die gang und gäbe gewordene Vorstellung von der kriegslüstigen Tendenz der französischen Politik vielleicht zugehen mag. — Über die Ursachen der in London bestehenden Geldkrise fehlt der hiesigen Finanzwelt noch der nötige Aufschluß. (B. u. H. 3.)

Paris, 8. Mai. [Aus dem Senat.] Auf der gestrigen Sitzung des Senates stand eine große Zahl von Petitionen. Darunter als Referent der 6. Commission erstattete einen summarischen Bericht über 19 verschiedene Petitionen, und der Senat trat seinem Antrage bei, sämtliche neunzehn in Bausch und Bogen durch Nebergang zur weiteren Tagesordnung zu erledigen. In diesem Bündel befand sich auch die Petition des Advocaten und Literaten Gagne zu Paris, der „wegen der Gefahren beorgt, mit denen die Grundlagen der Religion, die kaiserliche Macht und die Sittlichkeit durch das unaufhörliche Wählen der vielfältigen Zeitungen bedroht sind, dem Senate vorschlägt, durch ein radikales und unfehlbares Mittel Abhilfe zu schaffen, nämlich sämtliche Zeitungen zu unterdrücken und an ihre Stelle ein großes Journal zu setzen, mit dem Titel „Unité Universel“, oder „La France Universelle“ und unter Leitung eines befähigten Mannes, der den Titel Preß-Minister führen müsse.“ Dasselbe Schicksal, so summarisch abgesertigt zu werden, hatte die Petition eines Herrn Tripiet, „Staatspreise auf die Vervollkommenung der Menschengattung auszusezen.“

Nürnberg.

Von der polnischen Grenze, 9. Mai. [Pferderennen. — Attentat.] Am Sonntage und Montag wurde im benachbarten

Polenlande das Osterfest nach der russischen Kalenderberechnung gefeiert. Das Fest zu erhöhen, hatte der in Piotrkow (Polen) stationierte Grenz-Capitän mehrere preußische Offiziere eingeladen. Nachdem sich die Gesellschaft restaurirt hatte, wurde ein Pferderennen veranstaltet und hierzu der Weg über die preußische Grenze nach dem Dorfe Jerzyce gewählt. Dem Pferde des russischen Hauptmanns war beim Rennen der eine Bügel gerissen und erschien der Bediente des letzteren einen im Eselhof zu Jerzyce angebrachten Bauer, den Bügel zu reparieren. Dieser willigte ein, erriet jedoch mit einer Pistole, statt mit dem nötigen Riemerhandwerkzeug und soll jene auf den russischen Hauptmann angelegt haben. Durch schnelles Hinzutreten mehrerer Personen wurde weiteres Unglück vermieden, der Attentäter festgenommen und nach Noworadz transportiert. — Die in Russland erlaisten Ulate gegen die Gutsherrschaft lassen sich ebenfalls auf preußische Staatsangehörige nicht ausdehnen. Der Grenz-Capitän rächte sich aber dadurch, daß er keinen Bewohner Jerzyces von der Zeit ab die Grenze passieren ließ. Alle Bitten und Vorstellungen der handelnden Bewohner, so wie der Rittergutsbesitzer v. Ulrich zu Jerzyce blieben vergeblich. (Oib. 3ta.)

Breslau, 11. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Einer Dame bei Gelegenheit des Besuches des Biehaußtellung auf dem Krasier-Neitplatz ein Portemonnaie von dunkelbraunem Leder mit über 24 Thlr. Inhalt; außerhalb Breslau mittelst Einbruchs 8 Weben Züchleinwand, eine Weben Hemdenleinwand, 3 Stück Inlettleinwand, ein Stück Drillich, 3 Ballen Segeleinwand, 12 Stück Parcent, 15 Ellen schwarzen Sammet und eine Anzahl wollene Mützen.

Gefunden wurden: Eine Brille mit Messinggestell; ein Barbiermesser; ein schwarzer Strohhut, mit lila gestreiftem schwarzen Band garnirt; ein offener Brief und ein Militär-Ersatz-Nachweis-Schein, letzterer auf Franz Bluthwill lautend; 2 Schlüssel; 9 Stück Schlüssel und 1 Entreefrüder; ein Terzerol; ein schwarzer Damenschleier und ein dergleichen; ein Damen-Leder-schuh; ein graues wollenes Kindermantelchen.

[Herrenlose Holzstämme.] Am Sonn. d. Mts. sind an der Paulinen-Brücke vierzwanzig Stück Holzstämme, dreißig bis vierzig Fuß lang, welche die Oder vereinzelt angetrieben brachte, aufgesangen worden, zu welchen sich bis jetzt ein Eigentümer nicht gemeldet.

[Selbstmord.] Am Sonn. d. Mts., Vormittags, machte ein hiesiger 52 Jahr alter, verheiratheter aber kinderloser Lagerarbeiter aus unbekannten Gründen seinem Leben durch Erhängen in seiner in der Friedrich-Wilhelms-Straße belegenen Wohnung ein Ende.

[Unglücksfall.] Am Sonn. d. Mts., Abends in der siebten Stunde, wurde an der Ecke des Ringes und der Schweidnitzer-Straße eine an der Kleinburger Chaussee wohnende Witfrau von einer Droschke zu Boden gerissen. Sie erlitt hierbei durch einen Huftritt des Droschkenpferdes eine Verletzung am rechten Beine, und mußte in Folge dessen nach ihrer Bebauung gefahren werden. (Pol. M.)

[Personal-Chronik.] Entlassen aus dem Staatsdienste auf eigenes Ansuchen: Der Reg.-Referendarins v. Minkwitz. — Die von dem zu Breslau verstorbenen Schneidermeister August Dutschke getroffene lebhafte Verfügung, durch welche dem Kloster der barthäuserischen Brüder datelbst zur Errichtung eines Krankenheimes und Abhaltung von Kirchenmessen 1900 Thlr. vermachte worden, ist von des Königs Majestät genehmigt worden.

Posen, 10. Mai. [Verdiktagnahme.] Um Freitag fanden auf dem hiesigen Bahnhofe fünf Kisten unter der Adresse eines bekannten, hiesigen Kaufmanns an und, da dieselben nur verhältnismäßig leichte Waren enthalten sollten und sich doch beim Umladen als sehr schwer wiegend erwiesen, so fühlte sich der Wiegemeister des Bahnhofs veranlaßt, die Kisten nachzuwiegen und das ermittelte Resultat seiner vorgesetzten Behörde mitzuteilen. In Folge dessen wurden auf Anordnung der Polizei die Kisten zu einem hiesigen Spediteur befördert und hier, da der Adressat verreist war und also nicht zugezogen werden konnte, im Beisein des Polizei-Raths Rose geöffnet, wobei sich denn herausstellte, daß die Kisten bis oben hinauf mit Gewehren angefüllt waren. Die Gesamtzahl der vorgefundenen Gewehre, welche sämtlich ein dazu passendes Hauburonnet haben und durch ihre vor treffliche Arbeit die Aufmerksamkeit aller Kenner erwachten, beträgt zweihundert, und da der Werth eines jeden derselben auf 30 Thlr. festgestellt worden ist, so steigert sich der Gesamtwerth der weggewonnenen Gegenstände auf 6000 Thlr. Die Gewehre und Kisten wurden sogleich nach dem Fort Winiary hinausgebracht, um dort bei den erforderlichen Vernehmungen seitens des Voruntersuchungsrichters des Staatsgerichtshofes zu Grunde gelegt zu werden. — Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde unter Bedeckung von einem Piquet Kürassieren zuerst ein halbverdeckter Kutschwagen, in welchem sich ein Gutsbesitzer aus dem wirtschaftlichen Kreise als Gefangener befand, und hierauf zwei vierspanige, offene Arbeitswagen eingeführt, welche letzteren ganz und gar mit angeblich für die Insurgenten in Russisch-Polen bestimmten und den preußischen Militärmänteln in Form, Farbe und Schnitt nachgebildeten Mänteln angefüllt waren. Alle drei Wagen wurden direct nach dem Kernwerthe hinausgebracht, worauf die Escorte heut früh Posen wieder verlassen hat. Der Werth der Mäntel wird ebenfalls auf mehrere hundert Thaler angegeben. (Oib. 3.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Einheiten, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Aufl. Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 10. Mai 10 U. Ab.	331,98	+7,8	W. 1.	Wolfig.
11. Mai 6 U. Mra.	332,78	+6,0	O. 1.	Wolfig.

Breslau, 11. Mai. [Wasserstand.] O. B. 16 J. 1 g. U. B. 3 J. — 3.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 10. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die Rente erhöhte zu 66, 65, stieg in Folge der Nachricht von der Einstellung der Feindseligkeiten auf 66, 80 und schloß fest zur Notiz. Die Börse war hauptsächlich von der Geldfrage in Anspruch genommen. Confids von Mittags 12 Uhr waren 90% gemeldet. Schluss-Course: 3pro. Rente 66, 75. Ital. 5pro. Rente 68, 85. Ital. neueste Anleihe —. 3pro. Spanier —. 1pro. Spanier 45. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 41, 25. Credit-Mobilier-Aktien 116, 75. Lomb. Eisenbahn-Aktien 535. —

Wien, 10. Mai. Unbeliebt, fest. Metalliques 72, 20, 4 1/2 pro. Metall. 64, 70, 1854er Loos 92, —. Bank-Aktien 780. Nordbahn 182, —. National-Akt. 80, —. Credit-Aktien 194, 20. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 187, 50. London 114, 60. Hamburg 86, 15. Paris 45, 50. Gold —. Böhmis. Westbahn 156, 50. Neue Loos 125, —. 1860er Loos 96, 05. Lomb. Eisenbahn-Aktien 246.

Frankfurt a. M., 10. Mai, Nachm. 2 1/2 Uhr. Geheimlich fest, aber nicht animirt. Schluss-Course: Lubinshafen 143 1/2. Wiener Wechsel 101 %. Darmst. Bank-Aktien 219 1/2 B. Darmst. Bettel-Bank 245 1/2 B. pro. Metall. 61 1/2, 4 1/2 pro. Metall. 54, 1854er Loos 79 1/2 B. Deuterr. Akt. 67 %. Deuterr.-Franzö. Staats-Eisenbahn-Aktien 189. Deuterr. Bank-Akt. 788. Deuterr. Credit-Aktien 199 1/2. Deuterr. Elisabethbahn 112 B. Rhein-Nabe-Bahn 27 1/2. Hess. Lubinshafen 127 %. Neueste österr. Akt. 83%. 1864er Loos 98 1/2 B. Böhmis. Westbahn 68. Finnland. Anleihe 88 1/2 B.

Hamburg, 10. Mai, Nachm. 2 1/2 Uhr. Guter Umsatz. Anfangs auf die Nachricht von der Waffenruhe höher. Gerd. williger. Schönes Wetter, aber windig. Schluss-Course: National-Anleihe 69. Deuterr. Credit-Aktien 83 1/2. Vereinsbank 104 %. Nordd. Bank 106 %. Rheinische 97 %. Nordbahn 63 1/2. Finnland. Anleihe 85 %. Disconto 4 1/2. Wien 88, 75. Petersburg 29 1/2.

Hamburg, 10. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco 1—2 Thaler billiger, ruhig. Roggen loco bei stillsem 1 1/2 Thlr. niedriger. Roggen pr. Ostsee in matter Stimmung. Del Mai 26 1/2 —, —, Ott. 27 1/2 — 27 —.

Liverpool, 10. Mai. [Baumwolle.] 20.000 Ballen Umsatz. Preise 1/2 schwimmend einem Penny höher. Middling Georgia 28 1/2, Fair Dohle 22 1/2, Middling fair Dohlerah 20, Fair Bengal 16 1/2, Middling fair Bengal 15%, Middling Bengal 14, Fair Scinde 15%, Middling fair Scinde 14 1/2, China 19%.

Berlin, 10. Mai. Der geringe Eindruck, den die Nachricht von der Waffenruhe auf die Börse hervorgebracht, wurde noch durch die Kunde von dem anscheinend nicht siegreichen Gefecht des österreichischen Geschwaders in der Nordsee abgeschwächt. Man verhöhlt sich nicht, daß die Annahme der Waffenruhe unter allen möglichen Zugeständnissen mehr die Bedeutung habe, man wolle der Waffenstillstandsfrage ausweichen, und sei somit dem Ziele, dem Friedensschluß, um nichts näher gerückt. Außer diesen Reflectionen hält die Geldknappheit die Speculation unter Druck, so daß diese nur in den beiden beliebteren Papieren der Neuzeit, in Meden- und Nordb.-Aktien sich thätig erweisen möchte, obschon auch hierbei Medenburger einer nachgehenden Richtung verfielen. Schwere Eisenbahnen waren angefragt; die österreichischen Effekten hatten höher erhöht nicht immer. In der Menge der verschiedenen Effekten, so auch in preuß. Fonds blieb das Ge-

schäft schleppend und ohne Bedeutung, die Anleihen von 1859, die convertirten, die 1862er und Prämienanleihe waren übrig. Zum Schlusse gestaltete sich die Haltung des Verkehrs etwas fester, und zwar namentlich bei den österreichischen Debisen, deren Course man vom Vormittage aus Wien wie folgt meldete: Credit 194, 70—40; 1860er Loos 96; 1864er 96, 30—70. London 114, 50 tagt, und aus Frankfurt: Credit 199, 75; 1860er Loos 83, 75, 1864er 98, 75.

Berliner Börse vom 10. Mai 1864.

Fonds- und Geld-Course.

	Dividende pro	1862	1863	Zt.
Aachen-Düsseldorf	3 1/2	—	3 1/2	96 B.
Aachen-Mastricht	6	4	33 1/2	bz.
Amsterd.-Rott. 6	6 1/2	4	108	bz.
Berg.-Märkische	6 1/2	4	112 1/2	B.
Berlin-Anhalt	8 1/2	4	174	B.
Berlin-Hamburg	7 1/2	4	140 3/4	bz.
Berl.-Potsd.-Mtg.	14	14	197 1/2	B.
Berlin-Stettin	7 1/2	8 1/2	142	bz. (I.D.)
Böhmis.-Westb.	5	6 1/2	68 1/2	bz. G.
Breslau-Freib.	8	7 1/2	129 1/2	bz.
Cöln-Minden	12 1/2	10	182 1/2	bz.
Cosel-Oderberg	1	1/2	60	bz.